

# Pulsnitzer Tageblatt

Druckpreis 18. Tel.-Nr.: 146. Pulsnitz  
Postfach-Postamt Dresden 2138. Str.-Postamt 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— Erscheint an jedem Werktag —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugs-  
nehmer Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beizeile (Moffe's Beizenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Restliche RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %. Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontrahatsfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts  
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Breditz, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Littmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. A. Försers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 150

Donnerstag, den 30. Juni 1927

79. Jahrgang

## Das Wichtigste

Die Sonnenfinsternis konnte in ganz Deutschland ausgezeichnet beobachtet werden.

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm die Verlängerung des Sperr-  
gesetzes an.

Nach einer Korrespondenz-Meldung wird der Reichspostminister dem  
Arbeitsausschuß Mitte der nächsten Woche erneut die Vorlage be-  
treffend Erhöhung der Postgebühren vorlegen. Größere Veränderungen  
sind gegenüber dem zurückgezogenen Entwurf nicht vorgenommen.  
Die Verwaltungsratsitzungen sollen in etwa 14 Tagen stattfinden.  
Wie es scheint, ist Poincaré mit Deutschlands Einladung zur Besich-  
tigung der Dienstfestigungen nicht einverstanden.

Die Berliner Morgenblätter geben eine von der belgischen Telegraphen-  
Agentur unter allem Vorbehalt gebrachte Meldung wieder, nach der  
Leon Daudet in Begleitung zweier Freunde im Automobil in Na-  
mur eingetroffen sei. Er soll, einem belgischen Abendblatt zufolge,  
nach Brüssel weitergefahren sein.

Gestern vormittag erschien König Haakon ohne vorherige Anmeldung  
im Grand Hotel in Begleitung seines Hofmarschalles, um dem  
Reichsaussenminister einen persönlichen Besuch abzustatten. Der  
König verweilte längere Zeit im Gespräch mit Stresemann. Kurz  
vor 2 Uhr begab sich Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit Gat-  
tin und Gefolge zur Universität, warum begrüßt vom zahlreichen  
Publikum. In der Aula der Universität, wo Dr. Stresemann seine  
Nobelpreisrede hielt, hatte sich ein zahlreiches Auditorium mit dem  
König an der Spitze eingefunden.

Aus Moskau wird gemeldet, daß im Kaukasus ein starkes Erdbeben  
verzeichnet wurde. Das Erdbeben dauerte 10 Minuten mit Unter-  
brechungen. Über 40 Häuser der Stadt Gori sind zerstört worden.  
Auch Menschenleben sollen zu beklagen sein.

Norwegen ist von einer furchtbaren Ueberschwemmungkatastrophe heim-  
geschickt worden.

Der amerikanische Fliegeroffizier Byrd überfliegt mit drei Begleitern  
den Ozean.

Die Pazifik-Flieger sind nach Meldungen aus Honolulu gestern dort  
gelandet.

Der Vornarrsch der Truppen Fengs und Tschangkaishchs gegen die  
Nordtruppen und gegen Fentau dauert erfolgreich an. Tschang-  
kaishch hat jede Verständigung mit Tschangkaishch abgelehnt

## Vertikale und fälschliche Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Musikalische Feser.) Wie aus  
den Kirchennachrichten ersichtlich ist, findet Freitag, am 8. Juli,  
abends 8 Uhr eine Feser in unserer Kirche statt. Neben  
Flöten- und Orgelsoli werden vom M.-G.-B. „Liedertanz“  
Pulsnitz M. S. Abendlieder für Frauen-, Männer- und ge-  
mischten Chor geboten. Wir möchten darauf hinweisen, daß  
besonders an einem Sommerabend eine solche schlichte Feier-  
stunde erbauend wirkt. Der Eintritt ist frei, Texte kosten  
30 Pf. Es ist zu wünschen, daß eine recht zahlreiche Ge-  
meinde sich einfänden möge, um zu bestätigen, daß auch in  
unserer Kirchgemeinde der Wunsch nach solchen Feiern  
vorhanden ist.

**Pulsnitz.** (Der Großgau Meißner Hoch-  
land der Deutschen Turnerschaft) begehrt vom  
2. bis 4. Juli in Bad Schandau sein diesjähriges Gaudiumfest  
und dürfte sich an Hand der vorliegenden Meldungen das  
Fest zu einer gewaltigen Kundgebung für die deutsche Turn-  
erschaft ausweiten. Stellt doch schon unsere Gegend allein  
gegen 1000 Teilnehmer. Aus diesem Anlaß veranstaltet der  
Gau im ganzen Gebiet Staffelläufe, welche alle in Neustadt  
in einen Hauptlauf zusammenkommen, von wo dann die  
Begrüßungsurkunden nach Schandau weiter getragen werden,  
sobald solche pünktlich zur Eröffnung des Festes übergeben  
werden können. Unsere Stadt berühren 2 Läufe. Der eine  
beginnt am Reulenberg und endet vorerst auf dem Markt-  
platz, wo eine kurze Feier stattfindet. Ebenfalls auf dem  
Markte endet der 2. Lauf, welcher durch das Seifersdorfer  
Tal kommt. Ankunft in Pulsnitz Sonnabend mittag 13.10 Uhr.  
Beide Läufe werden hier zusammengelegt und geht es dann  
über Dorn weiter dem Ziele entgegen. Gelaufen werden  
diese Staffeln alle von den Knabenabteilungen. Den wackeren  
Läufern zum guten Gelingen ein kräftig „Gut Heil!“

(Zu einer Himmelschau seltener Art)  
gestaltete sich die gestern in der Morgenfrühe stattgefundene  
teilweise Sonnenfinsternis. Die Wissenschaft wird vom Ver-  
lauf der Sonnenfinsternis gute Ergebnisse erzielen, denn die  
Witterung war der Beobachtung des Himmelsvorganges im  
allgemeinen günstig, während vielfach geangstet worden war,  
daß an diesem Morgen Regenwolken den Himmel verdunkeln  
und damit die Beobachtung unmöglich machen würden. Das  
Schauspiel am Himmel nahm auf die Minute pünktlich seinen  
Anfang. Am rechten oberen Sonnenrand berührte der Mond-

## Französi. Quertreibereien gegen die Befestigung der Dienstfestigungen

### Neue Sabotageversuche Poincarés

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf für Verlängerung des Sperrgesetzes im Rechtsausschuß des Reichstages angenommen  
Der Reichstagspräsident in Götting an Hindenburg und Marx — Der Nordpolstieger Byrd bringt Briefe an Hindenburg  
Immer weitere Todesurteile in Rußland

Paris. Nach englischen Meldungen soll im französi-  
schen Kabinett eine Meinungsverschiedenheit darüber ent-  
standen sein, ob man die freiwillige Aufforderung Deutsch-  
lands an die militärischen Sachverständigen zur Befestigung  
der Feststellungen an den Dienstfestigungen annehmen soll. In  
englischen politischen Kreisen wird auch offenbar erklärt, daß  
Briand in Genuß dieses Vorschlags Dr. Stresemanns, der be-  
kanntlich ein außerordentliches Entgegenkommen Deutschlands  
darstellt, angenommen habe, daß aber Poincaré keine frei-  
willige Aufforderung Deutschlands, sondern eine direkte  
Kontrolle durch die militärischen Sachverständigen wünsche.

Im Berliner Auswärtigen Amt ist von einer Meinungs-  
verschiedenheit im französischen Kabinett nichts bekannt. Man  
führt die englischen Meldungen darauf zurück, daß trotz einer  
Besprechung des Generals von Pawelsz mit den Militär-  
sachverständigen

nach keine Entscheidung über den Termin der Befestigung  
getroffen ist und die Militärsachverständigen auch von ihren  
Regierungen noch keine Instruktionen erhalten haben. Offen-  
bar schweben zwischen Paris, London und Rom noch Ver-  
handlungen über die Frage, wer von den Militärsachver-  
ständigen der Einladung der Reichsregierung folgen soll.  
Man hat in Berlin den Eindruck, daß in Paris keine große  
Geneigtheit besteht, der Einladung zu folgen, daß aber ein  
grundständlicher Protest gegen die Einladung von Paris nicht  
zu erwarten ist.

## Der Rechtsausschuß für Verlängerung des Sperrgesetzes.

Mit 15 gegen 11 Stimmen.

Berlin. Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet am  
Mittwoch über den sozialdemokratisch-demokratischen Antrag,  
der den Entwurf eines fünften Gesetzes über die Ausübung  
von Verfahren (Sperrgesetz) vorschlägt. Die Ausübung von  
Verfahren soll statt bis zum 30. Juni bis zum 31. Dezember  
1927 reichen. Die Länder sollen ermächtigt werden, bis zum  
Ablauf der Geltungsdauer der Gesetze Gegenstände, über  
deren Verteilung zwischen einem Lande und dem ehemals  
regierenden Fürstentum Streit besteht, nur mit Zustim-  
mung des Landes an Dritte veräußern oder belasten werden  
können.

Zur Begründung des Antrages nahm der Sozialdemo-  
krat Dr. Rosenfeld das Wort, der die Verlängerung der  
Sperrfrist durch den Reichstag verlangte. Nachdem anschlie-  
ßend Freiherr von Richthofen für die demokratischen  
Anträge gesprochen hat, teilt Staatssekretär Zweigert  
mit, daß die Abfindungen in Sachsen-Altenburg, Sachsen-  
Koburg, Schwarzburg, Gotha, Mecklenburg-Schwerin, Lippe-  
Detmold und Mecklenburg-Strelitz noch nicht erledigt seien.  
Mecklenburg-Strelitz wünsche die Erledigung auf dem Rechts-  
wege. Alle in Betracht kommenden Fürstentümer hätten  
dem Ministerium des Innern eine schriftliche Erklä-  
rung abgegeben, in der sie ihre bindende Bereitwilligkeit er-  
klärten, die Wirkung des Sperrgesetzes bis zum 1. Dezember  
d. J. vertragsmäßig gegen sich gelten zu lassen. Eine Ver-  
längerung des Sperrgesetzes sei deshalb nach Ansicht der  
Reichsregierung sachlich überflüssig.

Die Vertreter der Länder Thüringen, Mecklenburg-  
Schwerin und Hessen erklärten sich für eine Verlängerung  
der Sperrfrist durch das Reich. Der Vertreter von Preußen  
betonte, an einer solchen Verlängerung, soweit es die Hohen-  
zollern angehe, kein Interesse zu haben. Preußen habe nur  
ein Interesse, soweit es die depossidierten Fürsten und die  
Landesherrn angehe.

Anschließend legte Reichsminister Hertel dar, daß der  
Reichstag seinerzeit nicht zugunsten einer Partei entscheiden  
wollte. Er habe deshalb ein unparteiisches Sperrgesetz ge-  
macht. Die Verlängerung des Sperrgesetzes bittet der Mi-  
nister, abzulehnen. Bezüglich der Standesherrn stelle er die  
Entscheidung anheim.

In der Abstimmung wird der sozialdemokratisch-demo-  
kratische Gesetzentwurf mit 15 gegen 11 Stimmen (also nicht mit  
Zweidrittelmehrheit) angenommen. Dafür stimmten Zen-  
trum, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, da-  
gegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und  
die Bayerische Volkspartei.

## Reichstagspräsident in Götting an Hindenburg und Marx

Götting, 29. Juni. Unter lebhaftem Beifall wurde auf dem  
Reichstagspräsidenten an den Reichspräsidenten von Hindenburg  
folgendes Telegramm gerichtet: „Der Reichstagspräsident, die kommunale  
Spitzenorganisation von 1350 kleinen und mittleren Städten sendet von  
seiner 17. ordentlichen Mitgliederversammlung in Götting dem hochver-  
ehrten Reichsoberhaupt, ehrerbietige Grüße und die Erneuerung seines  
Verpflichtens, unermüdete Arbeit für Volk und Vaterland.“

In einem weiteren Telegramm an den Reichskanzler Dr. Marx  
wurde die Reichsregierung gebeten, die schwere Notlage, in der sich die dem  
Bunde angeschlossenen Städte befinden, unter Wiedergewährung der Selbst-  
verwaltung und der Finanzhoheit tatkräftig zu mildern. Der Reichs-  
tagspräsident erwarte einen auch die Belange der kleinen und mittleren  
Städte ausgiebig berücksichtigenden endgültigen Finanzausgleich, da die  
jetzige trostlose Finanzlage den Städten ihre Wiederaufbauarbeit in  
verhängnisvoller Weise erschwere.

## Wie die Sowjets die Massenhinrichtungen begründen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden des Rats  
der Volkskommissare.

Moskau. Der Vorsitzende des Rats der Volkskom-  
missionen, Rykow, erhielt ein Telegramm von den Führern  
der englischen Arbeiterpartei und der unabhängigen Arbeiter-  
partei, die um „Einstellung der Hinrichtungen ohne Gerichts-  
verfahren“ bitten. In der Antwort erklärt Rykow, daß im  
Zusammenhang mit dem Urteil der staatlichen und politischen  
Verwaltung gegen aktive Weißgardisten, deren Schuld dok-  
umentarisch erwiesen war, durch die ausländische sowjetfeind-  
liche Presse zahllose Lügen und Verleumdungen verbreitet  
werden.

Die Erwähnung über die Hinrichtungen ohne Gerichts-  
verfahren ist unrichtig.

Nach den Gesetzen der Sowjetunion stehen der staatlichen  
und politischen Verwaltung in Fällen, in denen die Notwen-  
digkeit, durch aktives Vorgehen die Konterrevolution zu be-  
kämpfen, gegeben ist, die Rechte eines Ausnahmeorgans zu,  
das formell den Ausnahme-Standgerichten der bürgerlichen  
Staaten entspricht.

In dem erbitterten Kampfe gegen die Sowjetunion sei  
ein entschiedenes Vorgehen der Sowjetregierung gegen aktive  
Konterrevolutionäre von der Not erzwungen und ganz un-  
vermeidlich.

### Die Henker arbeiten weiter.

Moskau. Die Sowjetgerichte verhängen weiter schwere  
Strafen gegen Spione. In Schitomir wurde das Todes-  
urteil gegen zwei polnische Spione und eine Frau vollstreckt.  
Die beiden Spione waren angeklagt, Nachrichten an die po-  
lische Armee übermitteln zu haben. Auch fünf Anhänger  
des Arestoulow wurden zum Tode verurteilt. Arestoulow  
hatte im vorigen Jahre eine konterrevolutionäre Bewegung  
zu schaffen versucht. Das Leningrader Gouvernementsgericht  
eröffnete einen Prozeß gegen eine Reihe von Marineoffizie-  
ren, die beschuldigt werden, im Jahre 1905 an einer Straf-  
expedition gegen die Empörung in den baltischen Staaten  
teilgenommen und Revolutionäre erschossen und geprügelt  
zu haben.

### Immer weitere Todesurteile in Rußland.

Riga. Das Tribunal in Wjatka hat den früheren  
Oberleutnant Malkin zum Tode verurteilt. Malkin  
wird zur Last gelegt, daß er während des Bürgerkrieges  
Kommunisten erschossen habe. Ferner hat das Gericht in  
Kronstadt zwei Mann wegen Spionage zum Tode  
verurteilt. Die Todesurteile wurden sämtlich bereits  
ausgeführt.

Der Oberste Gerichtshof in Moskau hat das Gnaden-  
gesuch der zu längerer Gefängnisstrafe verurteilten Auf-  
ständischen aus dem Jahre 1924 abgelehnt. Der Terror  
wird in der ganzen Sowjetunion weiter fortgeführt.